

Bericht

des Innenausschusses (4. Ausschuß)
gemäß § 62 Abs. 2 der Geschäftsordnung

zu dem Antrag der Abgeordneten Ulla Jelpke
und der Gruppe der PDS/Linke Liste
— Drucksache 12/2084 —

Stiftung für die Opfer ausländerfeindlicher Übergriffe

A. Problem

Mit dem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, eine Stiftung zu initiieren, die es sich zur Aufgabe macht, Ausländer und Ausländerinnen, die Opfer fremdenfeindlicher Übergriffe geworden sind, materiell zu entschädigen. Die Bundesregierung soll über eine Anschubfinanzierung und die notwendige materielle Ausstattung den Aufbau einer solchen Stiftung unter Federführung der Ausländerbeauftragten und Vertreterinnen und Vertreter von Menschenrechtsorganisationen in die Wege leiten.

B. Lösung

Der Innenausschuß wird den Antrag beraten, wenn die noch ausstehenden Voten von zwei mitberatenden Ausschüssen, die angefordert worden sind, vorliegen und die antragstellende Gruppe dies wünscht.

C. Alternativen

Alternativvorschläge werden möglicherweise bei den Beratungen im Innenausschuß gemacht.

D. Kosten

Keine

**Bericht der Abgeordneten Joachim Clemens, Jochen Welt
und Cornelia Schmalz-Jacobsen**

- | | |
|--|--|
| <p>I. Mit Schreiben vom 3. November 1992 an die Präsidentin des Deutschen Bundestages verlangt die Gruppe der PDS/Linke Liste u. a. zu ihrem Antrag: Stiftung für die Opfer ausländischer Übergriffe — Drucksache 12/2084 vom 13. Februar 1992 — einen Bericht gemäß § 62 Abs. 2 der Geschäftsordnung über den Stand der Beratungen im Innenausschuß. Sie hat in dem Schreiben weiter mitgeteilt, daß sie einen konkreten Aufsetzungsvorschlag auf die Tagesordnung des Deutschen Bundestages nach Vorliegen dieses Berichtes unterbreiten wird.</p> | <p>II. Der Antrag auf Drucksache 12/2084 wurde in der 88. Sitzung des Deutschen Bundestages am 29. April 1992 an den Innenausschuß federführend sowie an den Auswärtigen Ausschuß, der seine Stellungnahme bereits abgegeben hat, an den Rechtsausschuß und an den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung — beide Ausschüsse haben noch nicht votiert — zur Mitberatung überwiesen. Die beiden mitberatenden Ausschüsse sind um Abgabe ihrer Stellungnahme gebeten worden. Bislang ist seitens der Gruppe der PDS/Linke Liste im Innenausschuß nicht gefordert worden, den Antrag auf die Tagesordnung zu setzen.</p> |
|--|--|

Bonn, den 6. November 1992

Joachim Clemens
Berichtersteller

Jochen Welt

Cornelia Schmalz-Jacobsen
Berichterstellerin